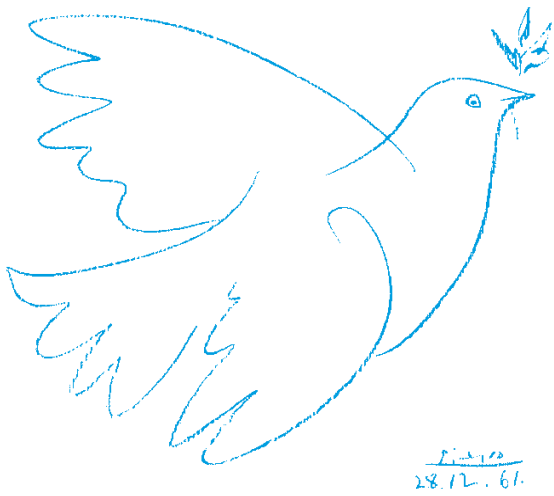




Unsere Welt



Ein britisches nuklear betriebenes U-Boot wird in Westaustralien willkommen geheissen. Quelle: Twitter

Aufrüstung im Indo-Pazifik

Die Geopolitik des AUKUS-Paktes

Australien hat mit den USA und Grossbritannien einen neuen Militärpakt geschlossen, der sich ganz klar gegen China richtet. Pikant dabei ist, dass Australien mehrere Atom-U-Boote von den USA kaufen wird, obwohl bereits ein Geschäft mit Frankreich geplant war. Die EU verliert damit weiter an Einfluss im Indo-Pazifik.

Von Jürgen Wagner

Als die USA, Grossbritannien und Australien Mitte September 2021 recht überraschend ein AUKUS genanntes Bündnis ankündigten, reagierte vor allem Frankreich hochgradig verärgert. Geharnischte Pressemitteilungen wurden veröffentlicht, Treffen auf Ministerebene abgesagt und nicht zuletzt die französischen Botschafter aus den USA und Australien abgezogen. Es handele sich um eine «einseitige, brutale und unvorhersehbare Entscheidung», polterte zum Beispiel der französische Aussenminister Jean-Yves Le Drian. «Ich bin wütend. So etwas macht man nicht unter Verbündeten.» Tatsächlich hat das AUKUS-Abkommen den Franzosen ein riesiges Geschäft vermässelt, bei dem es um eine 2016 vertraglich beschlossene Lieferung von zwölf konventionellen U-Booten an Australien ging. Ursprünglich war dabei die Rede von einem Volumen von rund 31 Mrd. Euro, das sich zuletzt aufgrund diverser Probleme aber auf 56 Mrd. Euro aufgebläht hatte. Ein Aspekt des AUKUS-Pakts besteht nun aus der Unterstützung Australiens beim Bau von acht nuklearbetriebenen U-Booten, was gleichbedeutend mit der Aufkündigung des Vertrages mit Frankreich ist. Natürlich geht es hier um erhebliche Summen, doch erklärt dies wohl dennoch nicht allein die Schärfe, mit der auch andere

EU-Länder reagierten: «Was dort entschieden worden ist und die Art und Weise, wie diese Entscheidung zustande gekommen ist, ist irritierend. Und es ist ernüchternd nicht nur für Frankreich», äusserte sich etwa der deutsche Aussenminister Heiko Maas. Und auch die EU sprang Paris in Form von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Seite: «Einer unserer Mitgliedstaaten wurde auf eine Weise behandelt, die inakzeptabel ist.»

Strittige Fragen

Viel wird jetzt über die Details gestritten, nämlich ob Frankreich tatsächlich «überrumpelt» wurde, wie vielfach zu hören ist. Dem wird entgegengehalten, dass es bereits im Januar 2021 Berichte gab, denen zufolge sich Australien wegen mannigfaltiger Probleme, unter anderem massive Verzögerungen und Kostensteigerungen, nach Alternativen umsehe. Allerdings berichtet unter anderem *Telepolis* darüber, Frankreich sei bis zuletzt offiziell versichert worden, alles laufe bestens. In jedem Fall scheinen die Verbündeten nicht im Vorfeld über das AUKUS-Bündnis informiert worden zu sein: «Wir wurden nicht konsultiert», beschwerte sich etwa der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell.

Auch über militärisch-technische Argumente wird gestritten, wenn etwa der australische Premierminister Scott Morrison in seiner zentralen Presse-

konferenz am 16. September 2021 als Begründung seiner Entscheidung vor allem auf die längere Reichweite und höhere Geschwindigkeit nukleargetriebener U-Boote verwies. Das ist einerseits richtig: Während konventionelle U-Boote laut einer Studie des *Center for Strategic and Budgetary Assessments* primär für küstennahe Operationen gedacht seien, weil sie nur 11 Tage im Südchinesischen Meer operieren könnten, seien atombetriebene U-Boote dazu mehr als zwei Monate in der Lage. Mit dieser Befähigung werden derlei U-Boote also für militärische Planungen gegen China nutzbar, woraus sich das australische Interesse erklären dürfte. Allerdings wäre auch Frankreich in der Lage gewesen, Atom-U-Boote zu liefern. Mehr noch, denn wie ein Artikel der FAZ betont, seien die für Australien vorgesehenen U-Boote extra auf einen konventionellen Antrieb umkonstruiert worden, weil «Frankreich seinerzeit von Washington unter Druck gesetzt worden war, keine [...] atomgetriebenen Boote an Australien zu verkaufen.»

Frankreich im Indo-Pazifik

Wie gesagt, über all das lässt sich trefflich streiten, es dürfte den Kern des heftigen Konfliktes aber verfehlen, der das Ringen um Einfluss im zunehmend an Bedeutung gewinnenden Indo-Pazifik betrifft. Frankreich hat als ehemalige Kolonialmacht, die immer noch eine Reihe von Überseegebieten als ihr eigen betrachtet, rund 7000 SoldatInnen in der Region stationiert. Frankreich hat auch als erstes

Fortsetzung auf Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

44. Jahrgang
Nr. 4 – 2021
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Weltfriedenstag der SFB in Basel, Bern und Zürich	3
SFB gegen «10vor10»: Drama in drei Akten	4
CIA gegen Assange: Mordpläne enthüllt	4
Kolumbien im Ausnahmezustand	5
Erneuter Putsch in Mali: Militärs sichern ihre Macht	5
20 Jahre Olivenöl aus Palästina	6
Afghanistan: Friedhof der Grossmächte	7

Kriegsmaterialexporte

Sieg für die Korrektur-Initiative

Die Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)» wurde zurückgezogen. Das Parlament hat ihren Forderungen weitgehend entsprochen. Ein grossartiger Erfolg, der sich feiern lässt – wäre da nicht doch ein fahler Beigeschmack.

Von Jonas Jäggi

«Seit der Lancierung der Korrektur-Initiative 2018 haben sich zahlreiche Freiwillige aus NGOs und der Zivilbevölkerung tatkräftig engagiert und dadurch diesen grossartigen Erfolg erzielen können. Die griffige Umsetzung der Korrektur-Initiative durch das Parlament war mehr als nötig, um Waffenexporte in Bürgerkriegsländer endlich ein für alle Mal zu verbieten», so liess sich das Initiativkomitee nach der Abstimmung im Nationalrat verlauten. Grund zum Feiern ist ein verabschiedeter Gegenvorschlag, der so weit geht, dass die InitiantInnen ihre Volksinitiative zurückziehen.

Das Ringen mit der Rüstungslobby

Wir erinnern uns: Im Vorfeld der Abstimmung über die GSoA-Initiative gegen Kriegsmaterialexporte 2009 hatte der Bundesrat die Gemüter noch besänftigen können, indem er seine Kriegsmaterialverordnung (KMV) mit einem Kriterienkatalog ergänzte, der u.a. beinhaltete: Keine Kriegsmaterialexporte in Länder, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind oder Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Wenige Jahre nach Ablehnung der Initiative kam jedoch schon die erste Anpassung: Die Menschenrechtssituation sollte

nur noch «berücksichtigt» werden. Und ab 2016 wurde die Verordnung so ausgelegt, dass nur ein interner bewaffneter Konflikt im Empfängerland den Export ausschloss. Trotz Jemen-Krieg waren damit Lieferungen an Saudi-Arabien wieder möglich.

Der Rüstungslobby war dies nicht genug. Ein Zusammenschluss von Rüstungsunternehmen, darunter auch die bundeseigene RUAG, forderte weitergehende Lockerungen. Die strengen Ausfuhrbestimmungen seien ein Wettbewerbsnachteil, der Rüstungsstandort Schweiz gefährdet. 2018 verkündete dann der Bundesrat in der Person von Schneider-Amman, Exporte in Bürgerkriegsländer unter Voraussetzungen erlauben zu wollen.

Damit hatten Rüstungslobby und Bundesrat den Bogen jedoch überspannt. Es regte sich breiter Widerstand. Die Korrektur-Initiative wurde lanciert und auch der Nationalrat wollte dem Bundesrat die Kompetenz entziehen, die Ausfuhrkriterien im Alleingang anzupassen. Gegen Ende 2018 krebste dieser zurück, die Kritiker liessen sich damit aber nicht mehr besänftigen.

Ausnahmeklausel gestrichen

Nach dem Zustandekommen der Korrektur-Initiative rang sich der

Fortsetzung auf Seite 3

Die Ballonidee

rumo. Es war einmal vor langer Zeit, da haben junge Leute vorgeschlagen, an alle Armeeangehörigen anstelle von Waffensystemen Gratisluftballone abzugeben. Die Militärs blasen dann ihre kalte, warme oder je nach Temperament auch heisse Luft in die Ballone und lassen diese dann bfffffbssss... wegfliegen. Oder sie werden gut verschlossen, um dann mit einer Nadel ... Peng! Auch wenn man die Ballone belässt, früher oder später bleibt eine leere Hülle übrig. Nur noch korrekt entsorgen und gut ist. Die Kosten dieser Aktion: Bei guter Blasleistung ein paar zehntausend Franken für die Ballone, plus die Kosten der Lohnfortzahlung an die Armeeangestellten. Die Einsparungen dieser Aktion: Das gesamte jährliche Militärbudget.

Die geniale Idee der jungen Leute wurde von der Politik mit grossem Interesse aufgenommen, aber die Generäle und die Rüstungsindustrie sträubten sich mit allen Mitteln dagegen. Schade!

Was aber ist aus den damals jungen Leuten geworden? Ihre Rente wurde gekürzt, sie können ihre Krankenversicherung nicht mehr bezahlen und so lange sie noch nicht gestorben sind, müssen Sie für ihre Bank Werbeballone verteilen.

Liebe LeserInnen, **Unsere Welt** ist keine leere Hülle, bitte helfen Sie uns bei der Verbreitung. Indem Sie den beiliegenden Einzahlungsschein benutzen oder elektronisch einen Beitrag überweisen. Vielen Dank!

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel,
IBAN CH 72 0900 0000 4000 1627 7.

Die Geopolitik des AUKUS...
Fortsetzung von Seite 1

EU-Land bereits 2019 eine Indo-Pazifik-Strategie veröffentlicht, der 2021 eine aktualisierte Fassung folgte. Die Region sei allein deshalb von immensem Interesse, weil 18% der französischen Importe ihren Ursprung im Indo-Pazifik hätten, in den das Land 14% seiner gesamten Waren exportiere, hiess es darin. Der Kern der französischen Indo-Pazifik-Strategie besteht darin, sich als Alternative zwischen den beiden Hauptkontrahenten in der Region anzubieten, erläutert der französische Indo-Pazifik-Kommandeur Jean-Mathieu Rey: «In einem strategischen Zusammenhang, der sich auf die wachsende Konkurrenz zwischen den USA und China konzentriert, könnte Frankreich dank seines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat und seiner militärischen Kräfte und seiner Hoheitsgebiete, die sich permanent im Indo-Pazifik befinden, [...] eine ernsthafte Alternative für viele Länder in Südostasien darstellen.»

Um Länder langfristig an sich zu binden und seinen dortigen Einfluss auszubauen, werden Waffenlieferungen seit eh und je als probates Mittel erachtet. Erich Vad, der langjährige militärpolitische Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, formulierte zum Beispiel pointiert: «Wenn wir liefern, sind sie von uns abhängig. Wenn die einen Mist bauen, können wir die Lieferung einstellen, die Wartung stoppen oder einfach keine Ersatzteile mehr schicken. Das kann man auch als Instrument der Aussenpolitik nutzen.» Auch in diesem nicht rein monetären Sinne dürfte das 2016 von Frankreich mit Indien abgeschlossene 8,8 Mrd. Euro schwere Rüstungsgeschäft über die Lieferung von Rafale-Kampffjets zu interpretieren sein. Und auch der Vertrag über die Lieferung der U-Boote an Australien dürfte einer solchen Logik folgen. Ausserdem betrachtete Frankreich die Vereinbarung als Basis für ein dauerhaftes

Bündnis, wie der französische Strategieexperte Bruno Tertrais erläuterte: «Für Frankreich war der Vertrag Teil der grösseren Logik einer langfristigen strategischen Partnerschaft – eine fünfzigjährige Vermählung.» Daher war man in Paris sichtlich stolz darauf, mit Australien einen traditionell engen Verbündeten der USA und Grossbritanniens vermeintlich auf seine Seite gezogen zu haben, allerdings habe Washington nun zum Gegenschlag ausgeholt, so die Einschätzung des Fachportals *Bruxelles2*: «Australien ist eindeutig in der angelsächsischen, amerikanischen und britischen Welt verankert, vor allem durch Geheimdienstabkommen. Das Abkommen mit Frankreich war eine Art Einbruch in diese geopolitische Achse mit historischen Wurzeln. Wir erleben also das Erstarken des Fünferblocks (USA, Vereinigtes Königreich, Kanada, Australien, Neuseeland), auf den Europa reagieren muss, wenn es wirklich bestehen will.»

Nukleus einer asiatischen NATO?
Aus Sicht des Geopolitik-Experten und früheren Chefs des mit guten Kontakten zur CIA ausgestatteten privaten Nachrichtendienstes *Strategic Forecast*, George Friedman, war die seit 2016 erfolgte dramatische Verschlechterung der Beziehungen zu China ausschlaggebend für die australische Entscheidung: «Australien sieht sich einer potenziellen Gefahr durch China gegenüber, das auf Zugang und Kontrolle des Westpazifiks drängt. Australien kann es nicht alleine mit China aufnehmen. Die USA können nicht Teile oder gar den gesamten Pazifik China überlassen. [...] Wenn wir es von diesem Standpunkt aus betrachten, können wir die geopolitische Logik hinter dem australischen Schwenk bei der Anschaffung der U-Boote nachvollziehen.» Vor diesem Hintergrund sprach der australische Premierminister Mor-

rison in seiner Pressekonferenz von einer «dauerhaften Partnerschaft für eine neue Ära» und tatsächlich geht der AUKUS-Pakt ja noch weit über die Frage von U-Booten hinaus. Vereinbart wurde unter anderem auch eine enge Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen der Künstliche-Intelligenz-High-Tech-Rüstung, der für künftige Auseinandersetzungen mit China eine entscheidende Bedeutung zugeschrieben wird. Ausserdem wird schon darüber spekuliert, dass auch andere Länder dem Pakt beitreten könnten, genannt werden Kanada, Indien, Japan, Taiwan und Südkorea. Auffällig ist dabei, dass sich unter den möglichen Kandidaten kein EU-Land befindet. Und dies dürfte dann zum eigentlichen Kern der Sache führen, weshalb die Vorgänge nicht nur in Paris, sondern auch in Berlin und Brüssel so hysterisch aufgenommen wurden.

EU vs. AUKUS?
Im Lichte dieser Entwicklungen müssen auch Aussagen von EU-Industriekommissar Thierry Breton betrachtet werden: «Etwas ist zerbrochen in den transatlantischen Beziehungen», weshalb es «eine gute Idee sei», über die «Neuausrichtung der Partnerschaft» nachzudenken. Wie tief der Riss aber tatsächlich geht, ist aktuell schwer abzuschätzen. Allerdings scheinen sich die Wogen nach dem «Versöhnungstelefonat» der Staatsechefs Macron und Biden einige Tage nach dem AUKUS-Eklat wieder ein wenig geglättet zu haben. Unklar ist auch, ob das rüde Vorgehen der USA schlicht diplomatischer Inkompetenz geschuldet war oder ob es sich um einen gezielten Affront gegen Frankreich und damit aber auch gegen die EU-Indo-Pazifik-Strategie handelte. In jedem Fall wirft das US-Vorgehen Fragen auf, schliesslich war es massgeblich Frankreich, das sich auch mit tatkräftiger deutscher Unterstützung für die Erstellung einer EU-Indo-Pazifik-Strategie einsetzte,

Zwei Verträge
grob verletzt

Die französische Friedensbewegung MPF hatte sich bereits 2019 gegen den Verkauf französischer U-Boote an Australien engagiert. Nun solidarisiert sie sich mit den australischen Friedenskräften, die sich gegen den Ankauf atomgetriebener U-Boote (NAS) aus den USA zur Wehr setzen.

uw/ms. In einer gemeinsamen Erklärung u.a. mit den Ärzten zur Verhütung des Atomkrieges und ICAN Frankreich unterstreicht unsere französische Schwesterorganisation, dass es sich bei der Übergabe von NAS an Australien um eine Weiterverbreitung von Nukleartechnologie für nicht zivile Zwecke handelt und damit um eine grobe Verletzung des Atomwaffensperrvertrages (NVV). Der Australien zugesagte Brennstoff für die NAS enthält zwischen 3 und 6 Tonnen hochangereichertes Uranium mit einem Anteil von mehr als 93% und wird deshalb als hochgradig militärisch eingestuft (erlaubt ist gemäss NVV gerade mal ein auf 5% angereichertes Uranium!). Die französischen Friedensorganisationen weisen zudem darauf hin, dass eine Lieferung atomgetriebener U-Boote in den Südpazifik auch den Rarotonga-Vertrag verletzt, der eben dieses Gebiet zur atomwaffenfreien Zone erklärt hat. Der völkerrechtlich bindende Vertrag aus dem Jahr 1985, der mit Ausnahme der USA von sämtlichen Staaten ratifiziert worden ist, die im Südpazifik Territorien besitzen, verbietet ausdrücklich die Verbringung von waffenfähigem Kernbrennstoff in diesen Raum.

für die mit Schlussfolgerungen des Rates bereits im April 2021 ein erster Aufschlag gemacht wurde. Auch darin wird auf eine Doppelstrategie gesetzt, indem enge Beziehungen zu Verbündeten in der Region aufgebaut und gleichzeitig die europäische Militärpräsenz ausgebaut werden soll. Dieses Ziel verfolgt auch die offizielle EU-Indo-Pazifik-Strategie, die pikanteserweise am selben Tag veröffentlicht werden sollte, an dem auch der AUKUS-Pakt zumindest in Teilen einen Strich durch die Rechnung machte. So kommentierte die *Süd-deutsche Zeitung*: «Die Frage ist [...] was mehr zu bewundern ist: Die glasklare Bereitschaft Australiens, sich an

der Seite der USA in eine unauflösbare Konfrontation mit China zu begeben – trotz aller nachteiligen wirtschaftlichen Auswirkungen; oder die Chuzpe, mit der die USA Frankreich als wichtigen Verbündeten in Europa vor den Kopf stossen – dies auch noch am Tag der Veröffentlichung einer EU-Pazifik-Strategie, die Brüssels aussenpolitische Ambitionen als Sandkastenspielerlei entlarvt. Für die EU und nebenbei auch für Deutschland ist dies ein blamabler Augenblick.»

Jürgen Wagner ist Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen.
Quelle: IMI, Kürzung: UW

Ärzte gegen den Atomkrieg über Aufrüstung und Klima

«Militär heizt Klimakrise weiter an»

Weltweite Aufrüstung ist Teil des Problems. NATO und BRD mischen dabei kräftig mit. Ein Gespräch der deutschen Tageszeitung «junge Welt» mit Angelika Claußen.

jW: Die Organisation «Internationale Ärzt*innen zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung», kurz IPPNW, wird sich an den «Fridays for Future»-Protesten beteiligen. Wieso beschäftigen Sie sich mit dem Kampf gegen den Klimawandel?
Leben und Gesundheit sind derzeit doppelt bedroht – durch die fortschreitende Klimakatastrophe und die wachsende Atomkriegsgefahr. Zu beidem trägt die weltweite Aufrüstung mit fast 2 000 Milliarden US-Dollar 2020 in erheblichem Masse bei. Allein die NATO-Staaten sind für 55 Prozent der Ausgaben verantwortlich. Militärische Abschreckungsstrategien gelten allgemein als Mittel globaler «Sicherheit» – atomare Aufrüstung eingeschlossen. Doch das Gegenteil ist der Fall: Krieg, Militär und die Rüstungsindustrie heizen die Klimakrise weiter an – diese wiederum provoziert Hunger, Krisen und Kriege. Ein Teufelskreis.

Sie kritisieren den CO₂-Fußabdruck des Militärs. Lässt sich der beziffern?
Eine aktuelle Studie des «Conflict and Environment Observatory» schätzt den CO₂-Fußabdruck des Militärs in der EU im Jahr 2019 auf 24,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent (durch diese Masseinheit soll der Effekt aller Treibhausgase aufs Klima vergleichbar gemacht wer-

den, jW). Deutschlands Militär allein trägt demnach 4,53 Millionen Tonnen bei. Gemeinsam mit einer Gruppe internationaler Klima- und Friedensgruppen fordert die IPPNW für die in wenigen Wochen beginnende UN-Klimakonferenz in Glasgow Transparenz im Umgang mit dem CO₂-Fußabdruck des Militärs. Im Kyoto-Abkommen von 1997 wurden die militärischen Treibhausgasemissionen auf Forderung der US-Regierung von den Klimaverhandlungen ausgenommen. Von der neuen Bundesregierung erwarten wir eine zeitnahe, umfassende Reduktion des Militärhaushalts entsprechend der Klimaschutzziele und eine Trendwende zur Abrüstung als Teil von Klimaschutz. Das impliziert auch eine deutliche Absage an die Forderung der US-Regierung, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die NATO bereitzustellen.

Angenommen, Bundeswehr-Panzer und -Militärjets werden künftig elektrisch betrieben, mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen: Hätten Sie dann Ihr Ziel erreicht?
Nein, keineswegs. Wir sehen Friedenspolitik als eine umfassende Aufgabe an. Die IPPNW fordert eine Abkehr der bisherigen militärgestützten hin zu einer zivilen Sicherheitspolitik. Deutschland muss Abrüstung, atomar wie konventionell, auf die Tagesordnung setzen. Dazu gehört auch, dass Waffenexporte in Krisen-

gebiete wirksam verboten werden müssen. Das Ende der sogenannten nuklearen Teilhabe Deutschlands und der Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag gehören auf die Agenda jeder neuen Bundesregierung.

Kriege werden nicht geführt, um CO₂ auszustossen. Imperialistische Staaten setzen vielmehr ihre Interessen auch mit militärischen Mit-

teln um. Bräuchte es da nicht eine grundlegendere Kritik an NATO und Co.?
Der erste Schritt, die NATO-Politik zu verändern, bedeutet, das Dogma der nuklearen Abschreckung in Frage zu stellen. Das ist kein Wunschdenken: Abrüstung ist Realpolitik. Denn nur so kann das notwendige Geld zur Eindämmung der Klimakatastrophe bereitgestellt werden.

Quelle: junge Welt

Stopp F-35!

Die Volksinitiative gegen den geplanten Kauf von 36 Tarnkappen-Jets des US-Rüstungskonzerns Lockheed Martin wurde lanciert.

Unterschriftenbögen, Argumente und weitere Informationen unter:

stopp-f-35.ch



ÄrztInnen empfehlen Abrüstung fürs Klima. AktivistInnen der IPPNW am Klimastreik in Berlin. Quelle: IPPNW Deutschland

Sieg für die Korrektur-Init...
Fortsetzung von Seite 1

Bundesrat zu einem indirekten Gegenvorschlag durch, um die Ausfuhrkriterien im Gesetz zu verankern. Den eigenen Spielraum suchte er sich dabei mit einer Ausnahmeklausel «aufgrund ausserordentlicher Umstände» und «zur Wahrung der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz» zu sichern. Für die InitiantInnen war klar, dass dies einem Freipass gleichkäme – Waffenexporte in Bürgerkriegsländer sollten auf Gesetzesstufe verboten werden, Punkt. Zur grossen Überraschung vieler sah dies der Ständerat auch so. Er übernahm den Gegenvorschlag, strich aber kur-

zerhand die Ausnahmeklausel – kein Spielraum mehr für den Bundesrat. Am 15. September folgte nun mit knapper Mehrheit auch der Nationalrat diesem Entscheid. Den Vorschlag seiner Sicherheitspolitischen Kommission, eine Ausnahme für «demokratische Länder» vorzusehen, die über ein der Schweiz vergleichbares Exportkontrollregime verfügen, verwarf er ebenfalls. Ein Sieg auf der ganzen Linie – fast.

Auch die RUAG kann sich freuen
Parallel zu diesem langen Ringen zwischen friedenspolitischen Kräften und Rüstungslobby und von der

Diskussion um Kriegsmaterialexporte weniger beachtet, hat der Bundesrat die Privatisierung der RUAG in trockene Tücher gebracht. Nur einen Tag nach der Abstimmung im Nationalrat entschied der Ständerat, den Verkauf des Munitionsherstellers RUAG Ammotec definitiv nicht zu stoppen. Das hat zur Folge, dass der europäische Marktführer für Kleinkalibermunition an seinen Produktionsstätten im Ausland von den Schweizer Exportregeln künftig befreit sein wird (vgl. letzte Ausgabe der UW). Ständerat Daniel Jositsch (SP) wies in seinem Votum darauf hin: «In der Botschaft wird unverhohlen darauf hingewiesen, dass die

Ammotec heute «leider» nur in vierzig Ländern exportieren könne aufgrund des in der Schweiz geltenden restriktiven Exportregimes, was Rüstungsgüter betrifft. Hingegen stehe der Export, wenn man die Ammotec verkaufe und das vom Ausland aus betreiben könne, in 200 Ländern offen.» Die RUAG hat am Ende also indirekt doch bekommen, was sie wollte – wenn nicht sogar mehr.

Schlupfloch für die NATO?
Eine Formulierung im neuen Gesetzestext macht ebenfalls stutzig. Abweichend vom grundsätzlichen Verbot, Kriegsmaterial in ein Bestimmungsland, das in einen internen

oder internationalen Konflikt verwickelt ist, zu liefern, kann «für Einsätze zugunsten des Friedens» eine Bewilligung erteilt werden. Dafür ist ein Mandat der UNO oder der OSZE erforderlich – soweit so gut – «oder einer supranationalen Organisation, deren Ziel die Friedensförderung ist». Hoppla. Was für eine andere supranationale Organisation könnte hier wohl gemeint sein? Doch nicht etwa die NATO? Gemäss dem Nordatlantikvertrag ist die Friedenssicherung nämlich durchaus ihr Ziel...

Für uns von der SFB wäre die Sache klar: Die NATO fördert den Frieden nicht. Ob das der Bundesrat wohl auch so sehen wird?

Jugendliche in der Bundeswehr
Minderjährige schützen

Pressemitteilung der Kampagne «Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr» zum internationalen Tag des Kindes am 20. September.

Anlässlich des Weltkindertages am 20. September hat das Bündnis «Unter 18 Nie» die Bundesregierung aufgefordert, die Rekrutierung Minderjähriger für die Bundeswehr sofort zu stoppen. Es legte hierzu Interviews mit minderjährigen SoldatInnen sowie ein brisantes und bisher unveröffentlichtes Dokument des Verteidigungsministeriums vor, das die Gefährdung des Kindeswohls Minderjähriger in der Bundeswehr belegt. Zugleich kündigte das Bündnis an, diese Dokumente dem Ausschuss für die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen zu melden.

«Die Daten aus dem Verteidigungsministerium belegen, dass 17-jährige Mädchen und Jungen als Rekrutinnen und Rekruten der Bundeswehr hohe

«Es ist nicht akzeptabel, dass Jugendliche als Soldatinnen und Soldaten eingestellt und in der Bundeswehr hohen Risiken ausgesetzt werden und es noch nicht mal besondere Schutzmassnahmen für sie gibt», sagt Martina Schmerr, Referentin im Organisationsbereich Schule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Sprecherin von «Unter 18 Nie». «In Schulen und Bildungseinrichtungen gibt es inzwischen strenge Regeln zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Derselbe Massstab muss auch in der Bundeswehr angelegt werden. Stattdessen werden Jugendliche ohne jeden Schutz mit Erwachsenen zusammen untergebracht, sie erhalten dasselbe gefährliche militärische Training und haben keine speziellen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. In einem Drittel der Fälle sexueller Gewalt, die minderjährige Soldatinnen und Soldaten in den vergangenen drei Jahren erleiden mussten, stehen Vorgesetzte unter Tatverdacht – dies deutet auf Machtmissbrauch und ein systemisches Problem bei der Bundeswehr hin. Und es macht sehr deutlich: Die Bundeswehr ist kein Ort für Kinder und Jugendliche.»

«Wir werden diese neuen besorgniserregenden Daten dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes melden, der bis Mitte 2022 überprüft, wie Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention umsetzt», erklärt Willinger. «Der UN-Ausschuss fordert die Bundesregierung schon seit 2008 auf, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben – eine Aufforderung, die bisher von der Bundesregierung ignoriert wird mit dem Verweis auf eine Ausnahmeregelung für staatliche Armeen in einem Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention. Diese Regelung kann allerdings nur dann greifen, wenn alle Kinderrechte der Konvention eingehalten werden. Dass dies bei der Bundeswehr nicht der Fall ist, wurde vielfach belegt und wird jetzt durch die neuen Daten wieder bestätigt. Die Haltung der Bundesregierung ist rückständig – denn nur noch wenige Staaten weltweit nutzen die Ausnahmeregelung, mehr als dreiviertel aller Staaten rekrutieren junge Menschen frühestens, wenn sie volljährig sind. Die nächste Bundesregierung muss hier dringend handeln und das Rekrutierungsalter für Soldatinnen und Soldaten endlich auf 18 Jahre erhöhen.»

Die Kampagne «Unter 18 Nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr» setzt sich seit 2019 dafür ein, dass das Rekrutierungsalter der Bundeswehr auf 18 Jahre angehoben und Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen verboten wird. Sie wird getragen von einem breiten Bündnis von Organisationen aus den Bereichen Frieden, Menschenrechte, Kirche und Gewerkschaft.



Diskutieren vor dem Stand auf dem Claraplatz in Basel



Das Team des Infostands am Stauffacher in Zürich



Unterschriftensammeln auf dem Bahnhofplatz in Bern

Standaktionen der SFB am 21. September

Weltfriedenstag in Basel, Bern und Zürich

Von Julia Hoppe

Vor 40 Jahren erklärte die UNO-Generalversammlung den 21. September zum internationalen Tag des Friedens. Weltweit sollen an diesem Tag die Waffen ruhen. Passend zu diesem Tag organisiert die Schweizerische Friedensbewegung jährlich eine Veranstaltung zu einem aktuellen friedenspolitischen Thema.

In diesem Jubiläumsjahr stellten wir den Tag selbst in den Fokus. Den Tag und unsere aktiven Mitglieder. An Standaktionen in Basel, Bern und Zürich über den Tag verteilt verteilen die Vorstandsmitglieder gemeinsam mit zahlreichen AktivistInnen *Unsere Welt*, Informationsmaterial der Schweizerischen Friedensbewegung sowie ein blaues Festivalarmband als

Erkennungszeichen und Erinnerung an den Weltfriedenstag.

Unterschriften gegen F-35 und Atomwaffen

Des Weiteren sammelten wir Unterschriften für die eidgenössische Volksinitiative «Gegen den F-35 (Stopp F-35)» und starteten eine Petition zur Ratifizierung des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen mit Postkarten an den Bundesrat. Am 22. Januar 2021 trat der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen in Kraft. 86 Staaten haben diesen wegweisenden Vertrag bis jetzt unterzeichnet und 55 ratifiziert. Die Unterschrift der Schweiz fehlt jedoch immer noch. Diesen Prozess möchten wir vorantreiben, denn zur Atomwaffe gibt es nur eine Lösung: Ihr Verbot!

Nicht nur Verständnis

Neben dem Material gelang es uns mit Friedenstauben-Mailänderli grosse und kleine Friedensinteressierte für unsere Anliegen zu gewinnen. In Basel konnten wir mit der parallel stattfindenden Art Basel auch internationale Kontakte knüpfen und spannende Gespräche führen. Auch wenn man nicht immer nur auf Verständnis stösst, so regen die Gespräche doch nachhaltig an und motivieren ungemein, sich weiter für die UW und friedenspolitische Anliegen einzusetzen. Unser Dank gilt dem Vorstand und allen AktivistInnen, die uns bei der Planung, Umsetzung und Durchführung dieses Tages unterstützt haben! Wir freuen uns auf weitere Aktionen und mehr Bewegungsarbeit in den kommenden Monaten.



Risiken haben und körperliche sowie seelische Schäden erleiden», sagt Ralf Willinger, Kinderrechtsexperte des Kinderhilfswerks *terre des hommes* und Sprecher der Kampagne «Unter 18 Nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr». «In den vergangenen drei Jahren waren mindestens 17 minderjährige Soldatinnen und Soldaten Opfer sexueller Gewalt, mindestens acht kamen bei Unfällen zu Schaden und ein minderjähriger Soldat verübte Suizid. Fast jeder vierte Soldat der Bundeswehr ohne Einsatzerfahrung leidet unter psychischen Erkrankungen. Dadurch, dass die Bundesregierung weiter die Rekrutierung von Jugendlichen als Soldatinnen und Soldaten erlaubt, ist sie auch für diese Risiken und Schäden verantwortlich. Es handelt sich hierbei um schwere Kinderrechtsverletzungen und gravierende Verstösse gegen die UN-Kinderrechtskonvention.»



Ein Guantanamo-Häftling verwirrte in Basel die Messebesucher.



Das blaue Armband der SFB aus 100% recykliertem PET wurde an Interessierte als Erkennungszeichen verteilt. Auch in den kommenden Jahren soll es den Weltfriedenstag sichtbar machen.

SRF: Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach (Teil 4)

SFB gegen «10vor10» – Ein Drama in drei Akten

Der Afghanistankrieg sei «mit Zustimmung der UNO» begonnen worden. Das behauptete SRF im «10vor10» am 31. August 2021. Die Schweizerische Friedensbewegung beanstandete die Sendung. Entstanden ist überraschend ein Drama in drei Akten, bei dem die SFB von der Ombudsstelle Recht erhält.

Von Alva Noi

Da wären einmal die Akteure – eine Redaktion, eine Ombudsstelle und die Schweizerische Friedensbewegung. Thema des Stückes: «Schluss nach 20 Jahren – der letzte US Soldat hat Afghanistan verlassen. Eine Chronik des Scheiterns.» Die Schweizerische Friedensbewegung wurde wegen Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots bei der Ombudsstelle vorstellig. Und erhielt Recht. Der Beitrag im «10vor10» enthielt eine Aussage, die die Ombudsstelle ebenfalls als falsch taxierte. Ein Drama mit «happy end» und ein kleiner Sieg für die SFB. Doch mit der Zeit kommt der bittere Nachgeschmack.

Die Berichterstattung – erster Akt

Nach zwanzig Jahren Krieg ziehen die Amerikaner aus Afghanistan ab. Die Bilanz ist ernüchternd. Das Land, das sie zusammen mit ihren Verbündeten stabilisieren wollten, ist ähnlich desolat wie vor dem Einmarsch. So in etwa die Einführung in die Thematik durch die Moderation der Sendung «10vor10» vom 31. August. Es folgen Joe Biden, der die zwanzig Jahre als Erfolg schönredet, und Bilder der Taliban in Kabul nach dem Abzug der Amerikaner. Der Stein des Anstosses lag dann im Rückblick auf den Ursprung des Krieges und die Terrorattaken gegen das World Trade Center in New York. Zitat aus dem Beitrag: «US-Präsident George W. Bush erteilte, mit Zustimmung der UNO, den

Auftrag, Afghanistan und die dort regierenden Taliban anzugreifen.» Ein Satz, bei dem wir uns bei der SFB die Augen rieben. Hörten wir richtig? Haben wir alles mitbekommen? Ist eine UNO-Resolution unter unserem Radar hindurchgefliegen, die Redaktion von «10vor10» hat sie aber aufgenommen? Wir waren verunsichert und mussten erst leer schlucken. Um Klarheit zu bekommen, konfrontierten wir die Redaktion mit Fragen.

Briefwechsel mit der Redaktion – zweiter Akt

Ein Redaktionsleiter oder eine Chefredaktion war nicht ausfindig zu machen, wir nutzten daher das offizielle Kontaktformular und stellten verschiedene Fragen zum ausgestrahlten Beitrag: «Wann und wo hat die UNO die Zustimmung zum Angriff auf Afghanistan gegeben? Wer war es und wo ist diese Zustimmung nachzulesen?» Und falls dies nun doch tatsächlich zutreffen sollte, «was beinhaltete diese Zustimmung alles?» Immerhin ging es in Afghanistan längst um einen Drohnenkrieg, bei dem auch Familien beim Wasserholen und Hochzeitsgesellschaften ausgelöscht wurden.

Die Antwort der Redaktion liess nicht lange auf sich warten – flapsig und locker. Es ginge um die Resolution 1368 des UN Sicherheitsrates, die bekanntlich sehr offen formuliert sei und eine solche Interpretation (mit Zustimmung der UNO) in der journalistischen Kürze zuliesse.

Hm – was nun? Auch wir von der SFB hatten diese Resolution vom

12. September 2001 gelesen. Darin werden die Anschläge moralisch verurteilt und die Reihen im Kampf gegen den Terrorismus geschlossen. Das Recht auf kollektive Selbstverteidigung wird in der Präambel erwähnt. Kein Wort von Afghanistan, geschweige denn von einem Mandat für einen militärischen Einsatz.

Die Ombudsstelle tritt auf den Plan – dritter Akt

Wir entschlossen uns, die Sache weiterzuziehen und die Ombudsstelle der SRG einzuschalten. Der Redaktion warfen wir vor, mit der Falschdarstellung Zuschauerinnen und Zuschauer in die Irre geführt zu haben. Die Erwähnung des Selbstverteidigungsrechts in besagter Resolution könne nicht als Zustimmung der UNO interpretiert werden, auch nicht im «politischen» Sinne, wie sich die Redaktion verstanden wissen wollte. Wir hielten fest: «Die USA selbst haben nie behauptet, von Afghanistan oder den Taliban angegriffen worden zu sein. Vielmehr stützten sie ihre «Selbstverteidigung» auf die Weigerung der Taliban, Osama Bin Laden auszuliefern. Die Annahme, eine Mehrheit des Sicherheitsrats, einschliesslich der fünf Veto-Mächte, wäre einer solch weiten Auslegung von Art. 51 der UNO-Charta, dem Recht auf (kollektive) Selbstverteidigung, gefolgt, entbehrt jeder Grundlage.»

In ihrem Schlussbericht vom 25. Oktober 2021 kam die Ombudsstelle, in Person von Frau Dr. Esther Girsberger und Herrn Kurt Schöbi, nun zum Ergebnis: «Wir erachten das Sachgerechtigkeitsgebot [...] als verletzt und heissen die Beanstandung gut.» Ihr Vorschlag: Anstatt «mit Zustimmung der UNO» hätte

es beispielsweise «ohne Widerstand seitens der Weltgemeinschaft» heissen müssen.

Grund zur Freude?

Ja sicher, wenn die Ombudsstelle einer Redaktion auf die Finger klopft, dann ist dies allemal etwas. Doch ein fahler Nachgeschmack bleibt.

Die Ombudsstelle schreibt: «Unzählige Aussagen westlicher Amtsträger sowie die meisten Berichterstattungen in den Medien suggerierten, dass der US-Angriff wegen des Rechts auf Selbstverteidigung völkerrechtlich unbedenklich war. [...] Auch wenn – insbesondere seitens der USA – immer wieder ins Feld geführt

wären aufgerufen, kritisch zu berichten. Sich gegen «unzählige Amtsträger sowie die meisten Berichterstattungen in den Medien» zu stellen, zu hinterfragen, zu kommentieren. Vielmehr doppelt die Redaktion in ihrer Stellungnahme noch nach. Die Formulierung sei zwar unglücklich, den Beitrag würde sie im Gesamten aber nicht beeinflussen.

Bei den Quellen, die die Redaktion dazu anführt, wird es dann endgültig bitter. Es handelt sich um ein Gutachten zuhänden des britischen Parlaments, sowie die Webseite der von der deutschen Bundesregierung finanzierten *Stiftung Wissenschaft und Politik*, welche besagte Sicherheitsratsresolution als Rechtsgrundlage für die Intervention auflistet. Noch Fragen? SRF zieht also just jene heran, die die Parlamente der beiden kriegführenden Nationen Grossbritannien und Deutschland von ihrer Sichtweise zu überzeugen versuchten. Was hat das noch mit Journalismus zu tun? Wo sind Journalisten in den Nachrichten-Sendeformaten, die eine eigene Meinung vertreten? Die recherchieren? Die Interessenbindungen offenlegen? Muss sich SRF bei den Einflüsterern der kriegführenden Parteien bedienen? Unabhängigkeit sieht anders aus. Die Reaktion einer souveränen Redaktion ebenfalls.

Es scheint, als sei bei der Redaktion von «10vor10» jeder kritische Funke abhanden gekommen. Da macht es auch wenig Freude, durch einen Schiedsrichter Recht zugesprochen zu erhalten. Journalisten wie ein Ulrich Tilgner, ein Niklaus Meienberg, ein Jürg Frischknecht grüssen aus der Vergangenheit. Verlautbarungsjournalismus nennt man das, was SRF heute bietet. Zumindest in der beanstandeten Sendung. Untermauert mit Expertisen von jenen, die der Macht nahestehen und sie sicher nicht kritisieren. Für wie dumm verkauft uns eigentlich SRF?

Alva Noi ist Journalistin und schreibt regelmässig Beiträge für «Unsere Welt».



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Foto: Wikimedia

wird, dass die explizite Erwähnung des Rechts auf Selbstverteidigung [...] einer Anerkennung dieses Rechts für den konkreten Fall der amerikanischen Angriffe auf Afghanistan gleichkommt – es ist nicht so.»

Da haben wir es also: Es ist nicht so! Die juristische Situation in Bezug auf das Völkerrecht ist also klar, auch der Ombudsstelle. Wenn da nicht ein Auftrag an Journalisten entstehen sollte! Nachrichtenmagazine wie «10vor10»



Assange-Prozess: Auftakt des Berufungsverfahrens

Mordpläne der CIA enthüllt

In London geht seit dem 27. Oktober das Verfahren um die Auslieferung von Julian Assange an die USA in die nächste Runde. Für das Berufungsverfahren spielen auch von «Yahoo News» jüngst publizierte Mordpläne der CIA eine Rolle.

Von Alva Noi

Es erstaunte wenig, dennoch war die Nachricht von Mordplänen gegen Julian Assange im Nachrichtenportal *Yahoo News* erschreckend. Anscheinend kennen die USA keine Grenzen, wenn es um die Verheimlichung von Kriegsverbrechen geht. Stimmen die Enthüllungen des Nachrichtenportals, so ist für sie auch die Ermordung von Menschen zur Unterdrückung von Nachrichten eine Option. Da reibt man sich die Augen!

Entführung, Ermordung und eine Schiesserei

Die Recherche von Zach Dorfmann, Sean D. Naylor und Michael Isikoff

ist umfassend. Sechzehn ausgedruckte Seiten mit einer angegebenen Lesedauer von fast 40 Minuten, publiziert am 26. September 2021 auf dem Internet-Portal von *Yahoo News*. Mit insgesamt 30 ehemaligen Beamten wollen sie gesprochen haben, um die Geschichte «dingfest» zu machen. Die CIA lehnte eine Stellungnahme ab.

Der Bericht zeigt eine neue Dimension des Vorgehens der CIA. Nicht mehr die Überwachung steht im Zentrum, vielmehr geht es um die Ermordung eines Publizisten, der im Besitz unliebsamer Dokumente ist und sie auch veröffentlicht. Laut dem Bericht über die Pläne der CIA sollen «Skizzen» und «Optionen» für die Ermordung von Assange seitens der Dienste

verlangt worden sein. Entführungen aus der ecuadorianischen Botschaft in London, Schiessereien auf der Flucht, Autounfälle – das Arsenal der Phantasie kannte anscheinend keine Grenzen.

Die Wut der CIA

Ausgangspunkt der Wut auf Assange war die Veröffentlichung der sogenannten «Vault 7»-Dokumente im Jahre 2017. Diese zeigen das Cyber-Waffenarsenal und die Hacking-Operationen der CIA gegen Handys, Smartphones und Computer. Es war der grösste Datenverlust in der Geschichte der CIA – ein Supergau aus Sicht des Geheimdienstes. Die CIA sei nach der Veröffentlichung kaum mehr handlungsfähig gewesen. Ein Jahr später wurde CIA-Mitarbeiter Joshua Adam Schulte angeklagt, die geheimen Dokumente gestohlen und an WikiLeaks weitergegeben zu haben.

Die Recherche von *Yahoo News* findet in den USA kaum Resonanz. Weder die *New York Times*, die *Washington Post* noch CNN berichten ausführlich über die Enthüllungen. Anders *Democracy Now*, eine unabhängige Plattform. Mitautor der Recherche, Michael Isikoff, kommt dort ausführlich zu Wort und erklärt, wie es zur Recherche kam. Die Entführungs- und Ermordungspläne hätten eine der umstrittensten Geheimdienstdebatten in der gesamten Trump-Ära ausgelöst. Weiter beleuchtet er die Rolle von CIA-Direktor Mike Pompeo, der später Aussenminister der USA wurde. «Ich war im Raum, als Pompeo Anfangs April 2017 diese Rede hielt, in der er WikiLeaks zum ersten Mal als «nichtstaatlichen feindlichen Geheimdienst» bezeichnete. [...] Tatsächlich öffnete diese Benennung intern der CIA die Tür, um alle Arten von Operationen zu starten und zu planen, die keine Bewilligung des Präsidenten erforderten.» Damit war im Kampf gegen Whistleblower und deren Publizisten wie Wikileaks ein neues Kapitel aufgeschlagen.

Auftakt ohne Assange

Der Auftakt des Berufungsverfahrens fand ohne Julian Assange statt. Der Australier fühle sich nicht in der Lage am Prozess teilzunehmen, hiess es in den Medien wie zum Beispiel der *Süddeutschen Zeitung*. Zitat: «Der Wikileaks-Gründer Julian Assange hat wegen Gesundheitsproblemen nur kurz per Videoschalte am Auftakt [...] teilgenommen. Er bekomme eine höhere Dosis an Medikamenten und fühle sich nicht in der Lage, die ganze Anhörung zu verfolgen, sagte sein Anwalt [...] in London.» Auch

die NZZ widmet dem Prozess ein paar Zeilen: «Investigative Journalisten hatten vor ein einigen Wochen unter Berufung auf nicht genannte amerikanische Quellen berichtet, der amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA habe Anschlagpläne auf Assange geschmiedet, während dieser sich noch in der ecuadorianischen Botschaft in London aufhielt.» Und dann weiter, zur Aktualität der Enthüllungen von *Yahoo News*, die Verlobte von Julian Assange in der NZZ: «Die Frage ist: Kann Grossbritannien jemanden in ein Land ausliefern, das ihn umbringen wollte?»

Welche Rolle die Recherche von *Yahoo News* im Prozess gegen Julian Assange spielen wird, ist noch offen. Sicher ist – sie ist im Gerichtssaal des *Royal Court of Justice* in London angekommen. Sicher ist auch, dass mittlerweile Assange vermehrt ein Thema in den deutschsprachigen Medien geworden ist. So wünscht sich stellvertretend der *Zeit*-Journalist Holger Stark in einem Beitrag im *Deutschlandfunk*, dass die britischen Richter Assange «nicht nur aus humanitären Gründen in London behalten und vor der Abschiebung in die USA bewahren, sondern sich endlich auch durchringen, das inhaltlich zu begründen.» Assange werde «wegen Dingen verfolgt, die einen hohen demokratischen Nutzen hatten, nämlich die Enthüllung von Kriegsverbrechen und anderen Schweinereien der amerikanischen Regierung.» Sollte die Veröffentlichung von *Yahoo* dazu beitragen, «dass die britischen Richter dies ebenso sehen, dann wäre ein klein bisschen geholfen.» Diesem Statement gibt es wahrlich nichts mehr anzufügen.

Ausser: Na endlich!



Zusammenstoss zwischen AktivistInnen und der Spezialeinheit «Esmad» in Madrid, Cundinamarca. Quelle: Primera Linea

Kolumbien im Ausnahmezustand

Mit Blechschildern und Schwimmbrillen

Bis in den Sommer hinein kam es in Kolumbien zu Streiks, Blockaden und Massendemonstrationen. Die rechte Regierung antwortete mit Gewalt und Mord. Die Protestbewegung hat nicht aufgegeben und setzt ihren Kampf gegen die extreme Ungleichheit im Land fort.

Von Tarek Idri

Seit Monaten finden in Kolumbien Proteste gegen die Regierung statt. Während der ersten Wochen der Proteste blockierten die Menschen täglich neue Strassen, immer wieder wuchsen kleinere Kundgebungen zu Massendemonstrationen an. Der konkrete Auslöser für den Aufstand war eine ungerechte Steuerreform, die von der konservativen Regierung unter Iván Duque lanciert wurde. Geplant war die Erhöhung der Mehrwertsteuer für tägliche Bedarfsgüter um mehr als zehn Prozent sowie die Abschaffung von Subventionen in der Landwirtschaft. Hinzu hätte kommen sollen, dass Dutzende Sozialprogramme für die ärmsten Teile der Bevölkerung gestrichen und Renten besteuert würden. Die Reform zielte damit direkt auf die unteren Bevölkerungsschichten, denen die Folgen der Pandemie ohnehin schon stark zugesetzt haben.

Die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen riefen angesichts dessen am 28. April zum Generalstreik auf. Seither befindet sich Kolumbien und insbesondere Cali, die drittgrösste Stadt des Landes, im Ausnahmezustand. Die Regierung antwortete auf die friedlichen Proteste und Blockaden mit Polizeigewalt: Die Einsatzkräfte gingen mit brutaler Härte gegen die DemonstrantInnen vor. Neben der Polizei waren und sind auch SoldatInnen im Einsatz. Bereits in den ersten Wochen wurden 40 Personen getötet. Bis Oktober wurden mehr als 80 Menschen ermordet, mehrere hundert sind «verschwunden». Streikende Männer und Frauen wurden gefoltert, vergewaltigt und verstümmelt. Es gibt keine genauen Statistiken, denn wer Anzeigen und Aussagen gegen Polizei und Militär macht, hat konkret mit Bedrohungen, Einschüchterungen bis hin zu Verschwindenlassen und Mord zu rechnen.

Cali: Zentrum des Aufstands

Bereits wenige Tage nach dem Beginn des Generalstreiks und der Proteste kündigte der kolumbianische Präsident Duque den Rückzug der Steuerreform an. Sein Finanzminister musste zurücktreten. Doch trotz diesem ersten Erfolg nahm die Welle

des Protests nicht ab. Die Demonstrierenden, vor allem junge Menschen, Indigene, AfrokolumbianerInnen und GewerkschafterInnen, verlangten nun allgemein bessere Arbeitsbedingungen, ein gerechtes Rentensystem, den Schutz von MenschenrechtsaktivistInnen und die vollständige Umsetzung des Friedensabkommens mit der linken Ex-Guerilla FARC. Hinzu kam die Forderung nach Entmilitarisierung der staatlichen Einsatzkräfte und Auflösung der berüchtigten Aufstandsbekämpfungseinheit Esmad, welche zusammen mit in Zivil gekleideten Paramilitärs seit Beginn der Proteste besonders brutal gegen Demonstrierende vorgeht.

In dem südamerikanischen Land herrscht seit mehr als 60 Jahren ein Bürgerkrieg zwischen Regierung und Guerilla-Gruppen, Hunderte Menschen werden jedes Jahr ermordet, AktivistInnen, JournalistInnen und Oppositionelle leben gefährlich. Dieser Krieg wurde bisher hauptsächlich auf dem Land geführt. Jetzt scheint er auch auf die grossen Städten überzuschwappen – weil die Ungleichheit dort besonders stark zunimmt.

Die Grossstadt Cali ist das Zentrum des sozialen Aufstands. Streikende errichteten hier bis in den Juni hinein Barrikaden, die sie gegen die Polizei verteidigten. Dabei nahmen die AktivistInnen der Primera Linea, der «Ersten Reihe», eine wichtige Rolle ein. Als Primera Linea wurden die Demonstrierenden bezeichnet, die an vorderster Front direkt hinter den Blockaden den Räumungsversuchen von Polizei und Militär standhielten – mit selbstgebauten Blechschildern und Schwimmbrillen gegen Gummigeschosse und Tränengas.

Vollständige Militarisierung

Am 13. Mai kam es zu einem ersten Verhandlungsversuch mit den Aufständischen in Cali. In einem Sportstadion hatten der Bürgermeister und mehrere Regierungsmitglieder die Primera Linea zu einem ersten Verhandlungstermin eingeladen. Zu Beginn der Veranstaltung erreichte die Anwesenenden von der Primera Linea allerdings die Nachricht, dass die staatlichen Einsatzkräfte ihre Abwesenheit an den Protestpunkten ausnutzten, um dort zu räumen. Die

Verhandlung wurde wütend abgebrochen.

Die kolumbianische Zentralregierung versuchte gar nicht erst, zu verhandeln: Am 28. Mai kündigte Präsident Duque die «vollständige Militarisierung und den Einsatz aller Mittel» zur Niederschlagung der Protestbewegung an. Diese hatte sich inzwischen auf das ganze Land ausgeweitet, nun wurde überall gegen die brutale Ungleichheit in Kolumbien, gegen Korruption, staatliche Gewalt und Perspektivlosigkeit gekämpft. Die Räumung der Strassenblockaden wurde für die Regierung zur obersten Priorität, es rollten Panzer durch die Städte, Militärpolizisten mit Maschinengewehren patrouillierten durch die Strassen, Einsatzkräfte in Zivil feuerten Schüsse auf Protestierende ab.

«Kein Frieden mit dem Regime»

Das brutale Vorgehen der Duque-Regierung hatte in dieser Hinsicht Erfolg: Die meisten Blockadepunkte im Land wurden über den Sommer gewaltsam geräumt. Bei anderen Blockaden entschieden die AktivistInnen freiwillig, den Verkehr wieder passieren zu lassen und sich auf die Arbeit im eigenen Viertel zu fokussieren. Die AktivistInnen der Primera Linea beispielsweise schlossen sich zu einer politischen Organisation mit festen Strukturen zusammen.

Weder die lokalen Regierungen noch der Zentralstaat hat gegenüber der Protestierenden ihre Zusagen und Versprechungen eingelöst. Entsprechend nahm die Widerstandsbewegung seit Herbst wieder an Fahrt auf: Im September kam es zu Krawallen und Besetzungen von einigen Polizeistationen und leerstehenden Gebäuden. Auch Monate nach Beginn des Aufstands sind sich viele der Demonstrierenden einig: «Mit diesem Regime wird es keinen Frieden geben.»

Im Oktober gingen erneut Tausende Menschen auf die Strasse. Die Gewerkschaften versuchen so, Druck auf den Kongress auszuüben. Ziel ist es, dass die zehn Gesetzesentwürfe angenommen werden, die vom Streikkomitee im Juli mit Unterstützung verbündeter Parteien vorgelegt wurden. Diese Gesetzesvorschläge befassen sich mit Themen wie staatliche Stärkung des Gesundheitssystems und kostenlose Bildung sowie Einführung eines Grundeinkommens, das den Millionen von armen Menschen im Land helfen würde.

Putsch in Mali

Militärs sichern ihre Macht

Erst letztes Jahr wurde der Präsident von Mali gestürzt, nachdem die Bevölkerung monatelang protestiert hatte. Nun wurde im Mai 2021 der Übergangspräsident abgesetzt, weil er die Macht der Militärs im Land bedrohte. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich mischt mit.

Von Tarek Idri

Ende Mai fand in Mali innerhalb von wenigen Monaten erneut ein Putsch statt. Der Präsident Bah N’Daw und der Premierminister wurden auf Befehl des Vizepräsidenten verhaftet und unter Hausarrest gestellt. Der Vizepräsident, Oberst Assimi Goïta, nannte als Grund, dass sie es versäumt hätten, ihn bei der Bildung einer neuen Regierung zu konsultieren. Der gestürzte Präsident wollte bei einer Kabinettsumbildung mehrere Militärs absetzen. Obwohl das neue Kabinett formal weiterhin von Militärangehörigen dominiert worden wäre, hielten die Leute um Goïta die Regierungsumbildung offenbar für zu radikal. So sollte als Arbeitsminister Abdelkader Sidibé fungieren, der frühere Vertreter des Welthungerprogramms in Mali. Mohammed Ag Akeratane von der marxistischen Partei SADI wurde als Umweltminister ernannt. Und die Gruppe APR, die das Friedensübereinkommen mit den secessionistischen Nordprovinzen vorantreiben will, nahm fünf Ministersitze ein. Dem gestürzten Präsidenten ging es um eine «breite Öffnung», um die «soziale Front zu beruhigen».

Dies ging dem Vizepräsidenten zu weit. Goïta, «der Vizepräsident des Übergangs sah sich verpflichtet zu handeln, um die Übergangscharta zu bewahren und die Republik zu verteidigen», hiess es in einer Erklärung. Das Verfassungsgericht erklärte Goïta daraufhin zum neuen Interimspräsidenten. Der Armeecobers solle nun den Übergangsprozess im Land bis zum Ende führen, erklärte das Gericht.

Zwei Lager

Dieser Putsch war der zweite innerhalb von wenigen Monaten. Bah N’Daw, der Präsident zwischen den Putschen, der nun gestürzt wurde, sowie sein Premier Moctar Ouane standen an der Spitze einer Übergangsregierung, die nach einem Militärputsch im vergangenen Jahr ihre Arbeit im Januar aufgenommen hatte. Dem Staatsstreich vorangegangen waren monatelange Proteste gegen die Regierung von Präsident Ibrahim Boubacar Keïta, der am 18. August 2020 durch die Armee abgesetzt und verhaftet worden war. Das Ziel des Putsches damals war eine umfassende Umwälzung der bestehenden Verhältnisse durch eine neue Verfassung, die rigorose Bestrafung von Korruption sowie die raschen Lösung der sozialen und politischen Krise.

Nach diesem erneuten Putsch im Mai 2021 scheinen sich zwei bürgerliche Lager herausgebildet zu haben:

Eines, um die Transition zu verlängern und die Lage danach zu kontrollieren. Ein anderes, das sich für ein schnelles Ende der Transition einsetzt, um einen profranzösischen Präsidenten wählen zu lassen. So skizzierte Mohammed Diarra, der Sprecher der marxistischen Partei SADI in Europa gegenüber der Tageszeitung *junge Welt* die beiden «Clans». SADI tritt für die sofortige Freilassung von Präsident Bah N’Daw und Premier Moctar Ouane ein. Zudem plädiert die Partei gegen eine Einmischung von aussen; Verfassung und Übergangscharta seien klar: «Lasst Mali seine Wäsche waschen.»

Frankreich zieht ab

Die UNO, die Afrikanische Union, die USA und die Europäische Union verurteilten den Putsch umgehend und forderten «die sofortige und bedingungslose Freilassung» der Staatsmänner. Erzwungene Rücktritte lehne man im voraus ab, hiess es in einer gemein-



Der derzeitige malische Präsident Assimi Goïta mit dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amts Miguel Berger. Quelle: Twitter

samen Mitteilung. Brüssel erklärte zudem, dass es Sanktionen gegen mehrere Führungspersönlichkeiten prüfe.

Die EU hält trotz Putsch an ihrem Militäreinsatz in Mali fest, wobei Frankreich und Deutschland die führenden Rollen spielen. Mehr als acht Jahre dauert die Militärintervention inzwischen an. Das Ergebnis? Die Lage wird von Jahr zu Jahr schlimmer; die dschihadistisch geprägten Aufstände dehnen sich immer mehr aus, einerseits vom Norden auf das Zentrum des Landes, andererseits auf die Nachbarstaaten, vor allem auf Niger und Burkina Faso. Dazu kommt noch: Frankreich hat angekündigt, möglichst viele seiner SoldatInnen in naher Zukunft abziehen zu wollen. Die ehemalige Kolonialmacht droht, den französischen Militäreinsatz ganz zu beenden, ihre Stützpunkte in Mali aufzulösen und den sogenannten Kampf gegen den Terror von Niger aus fortzusetzen.



Protest in Mali gegen die französische Intervention, 2020. Quelle: Twitter



Bei der Olivenernte. Foto zVg

Ein Beitrag zur Existenzsicherung palästinensischer Kleinbauern

Zwanzig Jahre Olivenöl aus Palästina

Seit dem Jahr 2001 besteht zwischen dem Verein «Kampagne Olivenöl aus Palästina» und kleinbäuerlichen Genossenschaften im Besetzten Palästinensischen Gebiet eine fruchtbare Zusammenarbeit. Die Bauern erhalten für ihr kaltgepresstes, biologisches Olivenöl einen fairen Preis. Und auch der Reinerlös aus dem von freiwilligen HelferInnen organisierten Verkauf in der Schweiz fließt zurück in verschiedene Projekte in Palästina.

Von Ariet Hanke Güttinger und Anjuska Weil

Die Gründung des Vereins «Kampagne Olivenöl aus Palästina» reicht zurück in die Zeit der 2. Intifada, dem Aufstand der Palästinenser gegen das israelische Militärdiktat in der Westbank und im Gazastreifen. In dieser schwierigen Zeit erwuchs aus dem Nahostforum, einem politischen Zusammenschluss von Juden, Palästinensern und anderen, der Wille, sich neben der politischen Arbeit auch praktisch zu engagieren. Anfang Sommer 2001 wurde der Verein gegründet. Von Bekannten und Freunden kamen 141 000 Franken als zinslose Darlehen zusammen. Damit konnten bei der Bauernorganisation PARC die ersten neun Tonnen Olivenöl bestellt werden.

Logistik erstellen

Bis im Herbst das Olivenöl durch Freiwillige aus kirchlichen Kreisen und der Solidaritätsbewegung verkauft werden konnte, gab es viel zu lernen und zu tun: Wo bestellt man geeignete Flaschen? Wo die Kartonschachteln für deren Verpackung? Wer macht uns eine ansprechende Etikette und wo soll diese gedruckt werden? Wer soll mit den Lebensmittelkontrollen beauftragt werden und wo kann das Öl fachgerecht abgefüllt und gelagert werden? Eine echte Herausforderung für Neulinge auf dem Gebiet – doch sie wurde gemeistert. Inzwischen sind an verschiedenen Orten in der Schweiz Depotstellen eingerichtet, bei denen die Freiwilligen die Produkte für ihre Verkäufe beziehen können.

Erster Verkauf

Der erste Verkaufsherbst war ein echter Erfolg. Die Kampagne war in den Medien, viele Leute kamen neugierig an die Stände. So konnten zwei Drittel der Darlehen gleich zurückerstattet und das Olivenöl für den Verkauf im folgenden Jahr bestellt werden. Auch das Folgejahr war erfolgreich, so dass erstmals die Frage entstand, was mit dem Gewinn zu tun sei. «Es lag nahe, Solidaritätsprojekte in Palästina und die Zusammenarbeit zwischen Palä-

stinensern und Israeli zu unterstützen. In den Bereichen Basismedizin, Dialog, Bildung, Frauenprojekte begann die Kampagne einen Beitrag in Richtung von Frieden und Verständigung zwischen den ungleichen Konfliktparteien zu leisten,» erinnert sich einer der Mitbegründer der Kampagne. Bis heute werden mit dem Reinerlös palästinensische und israelisch-palästinensische Projekte unterstützt.

Woher kommt das Olivenöl?

Die Olivenölfaschen mit dem arabischen Schriftzug «Palästina» bergen ein Nahrungsmittel, das schon in der Antike im Mittelmeerraum angebaut und gehandelt wurde. Reist man im Besetzten Palästinensischen Gebiet und lässt die grossen Städte hinter sich, erstreckt sich, so weit das Auge reicht, das von alters her terrassierte, hügelige Land mit Olivenhainen – sorgsam gehütet, gepflegt und immer wieder den Nachkommen weitergegeben, die damit ihre Familien zu ernähren wussten und wissen. Die Ernteerträge schwanken jährlich, abhängig vom Wetter, allfälligen Schädlingen oder Schäden an den Olivenkulturen, verursacht durch israelische Siedler und Übergriffe des israelischen Militärs.

PARC unterstützt seit 1983 palästinensische Kleinbauern bei der Gründung von Genossenschaften und fördert den biologischen Anbau. Die Vertriebsorganisation des fairen Handels *Al Reef* verkauft das Olivenöl im Inland, nach Europa, in die USA, Kanada, Japan, Neuseeland und in die Vereinigten Arabischen Emirate. Über ihre Genossenschaften versorgen sich Bäuerinnen und Bauern auch mit notwendigem Material und in Weiterbildungen werden Themen wie biologische Landwirtschaft, Schädlingsbekämpfung oder Qualität der Produkte behandelt.

Unterstützte Projekte

Zurzeit unterstützt die Kampagne Olivenöl fünf Projekte, mit einem Budget von rund 100 000 Franken jährlich. In den Flüchtlingslagern im Gazastreifen werden vor dem Ramadan besonders bedürftige Familien mit Lebensmit-

teln versorgt. In den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon werden Kindergärten unterstützt, in der Westbank die Ausbildung von Gesundheitspflegerinnen. Im Bereich der Landwirtschaft wird die Anleitung zum Anbau nach umweltverträglichen Kriterien gefördert. Im Süden von Hebron ist die israelisch-palästinensische gemeinnützige Organisation *Comet-ME* (Community Energy Technology in the Middle East) Projektpartnerin. Sie ermöglicht einigen der ärmsten palästinensischen Gemeinden in der Westbank den Zugang zu Strom und Wasser.

Zu Besuch bei Comet-ME

Im Herbst 2018 haben wir das Projekt von *Comet-ME* besucht und gesehen, wie das Geld aus dem Olivenölverkauf verwendet wird. Im hügeligen Gebiet von Masafer Yatta südlich von Hebron leben die Menschen vor allem von Landwirtschaft und Schafzucht. Es liegt in der Zone C der Westbank und wird vollständig vom israelischen Militär verwaltet. Entsprechend schwierig sind die Bedingungen für die palästinensische Bevölkerung, die oft in Zelten oder in traditionellen Wohnhöhlen unter der Erde lebt, da sie keine Baubewilligungen für Häuser, Ställe, Schulen, Gesundheitseinrichtungen oder für die Asphaltierung ihrer Strassen erhält. Bereits bestehende Bauten sind vom Abriss bedroht. Die Strom- und Wasserleitungen, welche die Militärbesatzung in Masafer Yatta verlegt hat, versorgen nur die völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen.

Comet-ME stellt seit 2009 in der Zone C für rund 90 Gemeinden mit über 7 000 Bewohnern die Infrastruktur für die Grundversorgung mit Sonnen- und Windenergie sowie sauberm Wasser zur Verfügung. Die dazu benötigten Installationen wurden von verschiedenen Regierungen finanziert.

Strom und Wasser

In den israelischen Siedlungen erhält eine Familie täglich 18 kWh Strom. *Comet-ME* stellt palästinensischen Familien täglich 2,5 kWh zur Verfügung, was für Licht, Telefone aufladen, Radio, TV, Waschmaschine, Kühlschrank und Wasserpumpe ausreicht.

Jede Familie hat ihre eigene Zisterne, in der Regenwasser aufgefangen wird. Reicht dieses nicht aus, muss Wasser dazu gekauft werden. Das Wasser der Zisternen wird mit einem

Siedler sabotieren die Olivenernte

uw/tai. Der Oktober ist auf der palästinensischen Westbank der Monat der Olivenernte. Tausende Bauern und Bäuerinnen ziehen in die Plantagen, um die Früchte zu ernten, aus deren Verkaufserlös sie einen grossen Teil ihres Lebensunterhalts bestreiten. Dabei versuchen extremistische israelische Siedler allerdings immer wieder mit Gewalt, die Ernte zu verhindern. Auch in diesem Jahr sabotieren Siedler die Olivenernte. «Entweder durch direkte physische Angriffe auf die Landwirte oder durch das Fällen und Brechen von Bäumen oder das Stehlen der Ernte», schreibt die israelische Tageszeitung Haaretz.

Innerhalb von wenigen Tagen seit Beginn der Olivenernte am 12. Oktober wurden in Dörfern rund um Nablus, Hebron, Salfit und Ramallah über 1 400 Bäume, hauptsächlich Olivenbäume, verwüstet oder ihre

Ernte gestohlen, wie das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) berichtet. An einem einzigen Tag wurden im Dorf Sebastia in der Westbank 900 Oliven- und Aprikosenbaumsetzlinge von Siedlern entwurzelt. In der Stadt Awarta, östlich von Nablus, haben Siedler Dutzende von Olivenbäumen abgeholzt und Pestizide auf andere gesprüht, um sie zu zerstören.

Die UNO nannte die Gewalt der Siedler in einem Bericht vom 14. April «ideologisch motiviert und in erster Linie darauf ausgerichtet, Land zu erobern, aber auch die Palästinenser einzuschüchtern und zu terrorisieren». Zwischen August des vergangenen und dieses Jahres sollen nach Angaben des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz insgesamt 9 300 Bäume vernichtet worden sein.

speziellen System mehrstufig gefiltert und zuletzt durch einen Bio-Sandfilter zu einwandfreiem Trinkwasser gemacht. Für die Frauen, die das Wasser für alles und alle verfügbar zu machen haben, ist dies eine grosse Erleichterung. Alle drei Monate kontrolliert der Wasserfachmann von *Comet-ME* bei jeder Familie Wasserproben.

Probleme mit der Armee

Masafer Yatta liegt 800 Meter über dem Meer. Meist ist es hier sehr heiss und windig. Die Energieversorgung mit Sonne und Wind ist daher sinnvoll. Doch immer wieder gibt es Probleme mit der israelischen Armee. «2016 hat diese ohne eine «Demolition Order» die Solarpanels und das System der *Comet-ME* abgeräumt und abtransportiert», so der Verantwortliche von *Comet-ME*, «daraufhin haben wir auf

allen Ebenen Druck gemacht und alles wieder zurückerhalten.»

15 Personen sind für die Organisation tätig, fünf Israeli, ein Kanadier und neun Palästinenser. So ist *Comet-ME* auch ein Friedensprojekt, in dem Christen, Muslime und Juden zusammenarbeiten. Dank ihnen können die Familien ihr Zisternenwasser trinken, ohne krank zu werden, und ihre Kinder können bei elektrischem Licht Hausaufgaben machen.

Der Besuch bei *Comet-ME* ist eindrücklich. Überall finden sich Menschen, die trotz schwierigster Situationen, sinnvolle Lösungen suchen und umsetzen. Das Olivenöl aus Palästina ist zwar teurer als das Öl im Dorf Laden. Aber für die Wirkung, die der Verkauf erzielen kann, geben wir und viele andere gerne etwas mehr aus.

Von der Redaktion bearbeitet und gekürzt



Die 5-dl-Flasche des feinen, biologischen Olivenöles aus Palästina wird zum fairen Preis von 21 Franken verkauft. Die traditionelle Gewürzmischung Za'tar, aus Thymian, Sesam, Kreuzkümmel, Sumak, Zitronensäure und Salz, kostet 5 Franken. In der Levante wird Fladenbrot in Olivenöl, Quark oder Joghurt und anschliessend in Za'tar getunkt – was vorzüglich schmeckt.

Weitere Infos und Verkaufsstellen: www.olivenoel-palaestina.ch



«Sie entscheiden, wann es aufhört...» auf den Grabsteinen: «Die Briten, die Sowjets, die USA». Karrikatur: Carlos Latuff

Afghanische Geschichte

Friedhof der Grossmächte

Afghanistan ist ein vom Imperialismus zerstörtes Land, der grosse «System Change» zugunsten westlicher Interessen ist gescheitert. Dass es auch anders gehen kann, hat die afghanische Revolution in den 80er Jahren bewiesen, die der Bevölkerung soziale Gerechtigkeit und bessere Lebensbedingungen bringen wollte.

Von Stefan Bollinger

Die Medien waren voll von Schreckensnachrichten. Afghanistan, der Staat am Hindukusch, befindet sich in Auflösung, die Taliban sind zurück an der Macht. Tausende strömten zum Kabuler Flughafen, um im letzten Moment ihr Leben zu retten. Westliche Politiker und Journalisten zeigten sich erschrocken, dass ein zwanzig Jahre dauernder Krieg, der Zehntausende Afghanen sowie Tausende westliche Soldaten und ihre lokalen Helferinnen und Helfer das Leben gekostet hat, so unruhlich zu Ende gehen konnte.

Die Kommentatoren erinnerten daran, dass bereits die Briten im 19. und die Sowjets im 20. Jahrhundert an den eigensinnigen, bärtigen, strikt religiösen Kämpfern für ihren Glauben und ihr Land – wohl genauer: ihre Clans – gescheitert waren. Nun ist es der «westlichen Staaten- und Wertegemeinschaft» ebenso widerfahren. Christopher Patten, jener britische Gouverneur, der 1997 die Kronkolonie Hongkong der Volksrepublik China übergeben musste, urteilt nüchtern: «Es stimmt, Afghanistan hat einen wohlverdienten Ruf, ein politischer Friedhof zu sein, aber auch ein echter.» Patten zitiert der früheren britischen Premier Harold Macmillan, «dass es das erste Gesetz der Politik sei, nicht in Afghanistan einzumarschieren. Eine ähnliche Lektion hat die Sowjetunion in den 1980er Jahren in einem neun-jährigen Krieg gelernt». Nun also der Scherbenhaufen US-amerikanischer, westlicher Politik. «Was als Werbung für humanitäre Interventionen begann, diskreditierte das Konzept.» Die Schlussfolgerung, die Patten nicht zieht: Die Sowjetunion ging auch «dank» ihres Krieges in den Bergen Afghanistans unter – ein Schicksal, dass nun auch dem Westen droht?

US-Hilfe für Terroristen

Die Verfasser der meisten sogenannten Analysen zu Afghanistan drücken

sich vor dem Zusammenhang von imperialistischer und neokolonialer Politik, den Spätfolgen der Systemauseinandersetzung des vergangenen Jahrhunderts, den Abhängigkeiten innerhalb der «westlichen Gemeinschaft» und der rassistischen Überheblichkeit des Westens.

US-Amerikaner, Chinesen, Russen, Inder und Pakistanis wissen, wie wichtig die Länder zwischen Nahost und Indien, zwischen Russland und China sind. Sie bieten Transitwege und sind reich an Rohstoffen. Der Westen weiss, sie sind, wenn man sie beherrscht oder zumindest kontrolliert, ideale Aufmarschgebiete für Truppen, reguläre und irreguläre, die gegen die «Feindstaaten» Russland und China in Marsch gesetzt werden können.

Kaum einer mag sich erinnern: Der Krieg begann vor mehr als 40 Jahren. Im Februar 1980 posierte US-Sicherheitsberater Zbigniew Brezezinski am Khaiberpass, dem bedeutendsten Grenzübergang zwischen Afghanistan und Pakistan, mit einem Maschinengewehr, auf Afghanistan zielend, das mit sowjetischer Hilfe seine Revolution zu verteidigen suchte. Im Gepäck hatte der US-Emissär die Zusage für die Fortsetzung der finanziellen und logistischen Unterstützung der Mudschaheddin, die gegen die Kabuler Zentralregierung kämpften. Ein gewisser Osama bin Laden erhielt hier seinen ersten Einblick in

das Terrorgeschäft, nur dass es sich seinerzeit eben «Freiheitskampf» nannte. Das gilt auch für viele Führer der Taliban. Dank grosszügiger Hilfe durch die USA – unter anderem Waffenlieferungen, die auch tragbare Raketensysteme umfassten – konnten diese Kämpfer ihre Gegner in Schach halten und zurückdrängen.

Gegen feudale Strukturen

Im April 1978 hatte in Afghanistan die linksgerichtete, prosozialistische und prosowjetische Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) mithilfe junger Militärs die Regierung gestürzt. Auch wenn es heute mitunter anders erzählt wird: Das Afghanistan vor der Revolution war keine Demokratie – ganz im Gegenteil. Die Macht lag fest in den Händen einiger weniger reicher Familien. Ein aufstrebendes Bürgertum in den Grossstädten stand einer riesigen armen und rückständigen Landbevölkerung gegenüber. Immer wieder kam es zu Massenprotesten gegen den seit 1973 amtierenden, autoritär herrschenden Präsidenten Mohammed Daoud Khan. Der Vorabend der «Saurrevolution» – «Saur» (Bulle, Stier) ist der persische Name für den zweiten Monat des iranischen, auch in Afghanistan gültigen Kalenders – war von Strassenprotesten und staatlicher Repression geprägt.

Die Ziele der DVPA entsprachen denen anderer linksgerichteter Bewegungen und Parteien in den Staaten der «dritten Welt»: Zerschlagung der feudalen und kapitalistischen Strukturen, Zurückdrängung der Religion, schrittweise Vergesellschaftung der Wirtschaft auch auf dem Lande, de-

mokratische Verhältnisse jenseits der feudalen und Stammesstrukturen, breite Bildung für Männer wie Frauen sowie gesellschaftliche Gleichberechtigung der Geschlechter. Sie schrieben sich Bodenreform, Alphabetisierung, die Befreiung der Frauen auf die Fahne. Auch wenn es bis heute so dargestellt wird – der Umsturz durch die DVPA hatte wenig mit den Absichten der Sowjetunion zu tun. Afghanistan war aus deren Sicht ein passabler Nachbarstaat gewesen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Moskau und Kabul waren gut. Trotzdem neigten die Führer Afghanistans – vom Westen umworben – wie so manch anderes «Dritte-Welt»-Land dazu, zwischen den machtpolitischen Blöcken zu lavieren.

Gescheiterte Revolution

Die Revolution änderte die Lage drastisch. Sie war die Reaktion auf ein autoritäres Regime, das wenige Jahre zuvor an die Stelle des Königreichs Afghanistan getreten war, das die Machtverhältnisse der feudalen und bürgerlichen Eliten lediglich modernisiert hatte und sich anschickte, die Linke auszuschalten. Als die DVPA, ihrem Selbstverständnis nach kommunistisch, in Kabul an die Macht kam, suchte sie die Nähe zur Sowjetunion. Gestützt auf Intellektuelle und Teile der Mittelschichten, löste die neue Regierung Enthusiasmus und Veränderungswillen aus.

Wenn es da nicht zwei miteinander verbundene Probleme gegeben hätte, die hier nur angedeutet werden können: Einmal war die DVPA keineswegs ein linker Monolith. Sie war in sich zerstritten, was sich alsbald nicht allein in Streitereien, sondern in heftigen, auch tödlichen Konfrontationen niederschlug. Die Fraktionen bekämpften sich bis aufs Blut. So wurde der erste Revolutionspräsident, Nur Muhammad Taraki, von seinen eigenen Genossen ermordet. Moskau wollte angesichts des drohenden Chaos retten, was noch zu retten war. Die einsame Entscheidung eines kleinen Kreises rund um den sowjetischen Partei- und Staatschef Leonid Breschnew zum Jahreswechsel 1979/80, mit eigenen Truppen in die Auseinandersetzungen der Bruderpartei einzugreifen, hatte verhängnisvolle Konsequenzen. Spezialisten in Moskau hatten davor gewarnt, aber sie blieben ungehört. Die eigentliche Militäraktion war zunächst erfolgreich. Es gelang, den Nachfolger Tarakis, den Parteiführer Hafizullah Amin, zu liquidieren. Sowjetische Truppen sicherten fortan das Funktionieren der politischen Macht in Kabul. Aber schnell wurde aus dem seit der Revolution laufenden, vom Westen unterstützten Bürgerkrieg der Mudschaheddin ein Krieg gegen die sowjetische Besatzungsmacht.

Das zweite Problem ist mit den innerparteilichen Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs verbunden.

Konnte ein radikales Programm der sozialen Umgestaltung zur Not mit Härte und Rücksichtslosigkeit umgesetzt werden? Musste oft ungeschickt provozierter politischer Widerstand mit Gewalt gebrochen werden, zumal schnell deutlich wurde, dass die Besitzenden Rückhalt jenseits der Grenzen fanden?

US-gestützter Bürgerkrieg

Fakt ist, die soziale Umgestaltung der alten feudalen, patriarchalen Strukturen liess sich keineswegs so rasch ins Werk setzen wie gewünscht. Die Jahre 1978/79 waren durch einen linksradikalen Sturm Lauf geprägt, der sich, Traditionen sowie Stammesbindungen leugnend, am Ende ins Gegenteil verkehrte. Bei vielen Afghanen provozierte das Feindschaft gegenüber den Machthabern in Kabul, gegenüber den Städtern und Intellektuellen. Die soziale Revolution scheiterte durch eigenes Verschulden und bot antikommunistischen Besitzstandswahrern diesseits und jenseits der Grenzen alle Chancen für eine Rückkehr an die Macht.

Zwar sorgten der sowjetische Einfluss und die sich nun durchsetzenden realistischeren Kräfte in der DVPA sowie im Staat für einen Lernprozess; in den folgenden Jahren wurde das Tempo der Umgestaltung gedrosselt, und man suchte Unterstützung in den Stammesstrukturen und fand diese teilweise auch. Aber die Nachwirkungen der radikalen Anfangsphase verbanden sich schnell mit den Konsequenzen des von aussen geschürten Bürgerkriegs. Letztlich scheiterte die sowjetische Hilfe. Der Rückzug der Sowjetarmee 1989 verlief im Vergleich zur Flucht der US-geführten Allianz heute fast planmässig. Die Moskauer Führung unter Michail Gorbatschow hoffte, dass die Afghanen ihre Probleme selbst lösen würden. Der neue starke Mann an Spitze von Staat und DVPA, Mohammed Nadschibullah, erwies sich als gewiefter Taktiker. Er schwächte den sozialen Umbruch ab und wandte sich den Stämmen zu. Es schien, als könnte es eine Chance für einen friedlichen Weg geben.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und die Abwendung der Weltöffentlichkeit einschliesslich der Vereinten Nationen von den afghanischen Problemen sorgten schliesslich für jene Wirren, die Nadschibullah 1992 zu Fall brachten. Nach langen blutigen Kämpfen setzten sich 1996 die Taliban durch, zu deren ersten Amtshandlungen Nadschibullahs Ermordung und die öffentliche Zurschaustellung seines Leichnams vor dem Präsidentenpalast zählten. Der afghanische Bürgerkrieg der 1990er Jahre war nicht mehr durch verschiedene ideologische Lager geprägt, die nackte Macht der Warlords bestimmte den Konflikt. Erst mit der Invasion der US-geführten Allianz 2001 wur-

Fortsetzung auf Seite 8

Talon zum Mitbewegen

Name:_____

Vorname:_____

Strasse:_____

Mail (fak.): _____

PLZ:_____

Wohnort: _____

☐Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)

☐Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)

☐Ich möchte ein Probeabonnement der UW

☐Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

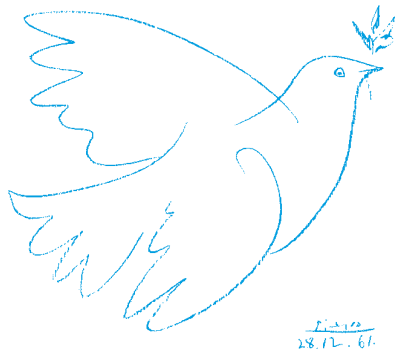
Datum: _____

Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch



ISSN 1423-6826
unserewelt@friedensbewegung.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel,
E-Mail: mail@friedensbewegung.ch, Telefon: 061/681 03 63
Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri, Jonas Jäggi
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu,
Antoinette Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7, IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!

Friedhof der Grossmächte...

Fortsetzung von Seite 7
den die Fronten geklärt und eine dem Westen genehme Führung installiert. Unter dem Deckmantel von Demokratisierung und Befreiung entstand ein Regime, das die alten Machtverhältnisse aufrechterhielt.

Neue Ära des Imperialismus?

US-Präsident Joseph Biden hat am Tag des Abzugs des letzten regulären US-Soldaten aus Afghanistan sein Fazit aus zwei Jahrzehnten offenen US-Engagements gezogen: «Erstens müssen wir Missionen mit klaren, erreichbaren Zielen festlegen – nicht solchen, die wir nie erreichen werden. Und zweitens müssen wir uns klar auf die grundlegenden nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten von Amerika konzentrieren. Bei dieser Entscheidung über Afghanistan geht es nicht nur um Afghanistan. Es geht darum, eine Ära grosser militärischer Operationen zu beenden, um andere Länder neu zu gestalten.»

«Nation Building», der grosse «System Change» mit militärischen Mitteln, steht wohl auf absehbare Zeit nicht mehr auf der Tagesordnung des US-Imperialismus. Für die USA ist seit 1945 – bis auf die Invasion Grenadas 1983 – keiner dieser Kriege, von Korea über Vietnam bis Afghanistan und Irak, glücklich ausgegangen. Weder gelang es, diesen Ländern das US-amerikanische, kapitalistische System in der gewünschten Form dauerhaft überzustülpen, noch wurde erreicht, in ihnen «Freedom and democracy» zu implementieren.

Diese Form von Menschheitsbeglückung ist moderner Imperialismus. Das schliesst nicht aus, dass im Zuge dieser Missionen Teile der örtlichen Bevölkerung zu einigem materiellen Wohlstand kommen, dass bestimmte Akteure erfolgreich korrumpiert werden und für die Bürger durchaus Zugewinne an demokratischen Freiheiten und Rechten abspringen können. Doch es gab immer klare militärische und politische Ziele. Die betreffenden Länder sollten unter westlichen Einfluss gebracht, und im Fall Afghanistan sollte eine konkrete terroristische Bedrohung eliminiert werden, die man selbst gezüchtet hatte.

Praktische «Failed states»

Viele haben heute die Hoffnung, dass nach dem desaströsen US-Abzug aus

Afghanistan die Karten neu gemischt werden, dass es auf Dauer für die USA und ihre Verbündeten schwer wird, politisch genehme Akteure zu finden, die sich auf ein riskantes Bündnis einlassen. Möglich, dass die USA sich, kurzfristig betrachtet, zurückhalten und vor weiteren Abenteuern zurückschrecken werden. Aus US-Sicht geht es aber nicht um die Preisgabe der Einflussnahme auf die Politik anderer Staaten. Das Modell der «samtenen



«Wir haben die Russen zum Eingreifen nicht gedrängt, aber wir haben bewusst die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie es tun werden.» Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater der US-Regierung Carter und treibende Kraft einer CIA-Geheimaktion zur Unterstützung der Mudschaheddin, im Februar 1980 im Grenzgebiet zu Afghanistan. Quelle: junge Welt

Revolution» ist von Kiew bis Belgrad erfolgreich, an anderen Orten weniger erfolgreich erprobt worden. An Geld für solche Aktionen wird es ebenso wenig mangeln wie an dafür benötigten «Dissidenten». Und die inneren Widersprüche und Konflikte von Minsk bis Hongkong sorgen dafür, dass aus berechtigtem Unmut eine systemsprengende Opposition werden kann.

Sicher werden US-Planer im Pentagon oder in Langley, dem Sitz der CIA, auch der Niederlage in Afghanistan etwas Positives abgewinnen können. Denn nun herrscht eine explosive Gemengelage an den Grenzen von Russlands mittelasiatischen Verbündeten sowie an der Grenze zu China. Ausserdem sind die von westlicher Interventionspolitik zerstörten Staaten – die «Failed states» von Libyen bis Somalia – für imperiale Machtgelüste gar nicht so unpraktisch. Hier kann Einfluss genommen werden, können Banden formiert und Rohstoffe ausgebeutet werden, ohne

wirkliche staatliche Autorität fürchten zu müssen.

Demokratisches Alibi

Auch wenn in den 1980er Jahren die afghanische Revolution und ihre sowjetischen Helfer an den eigenen Fehlern wie an dem von aussen geschürten Bürgerkrieg scheiterten: Es war eine soziale Bewegung, die breiten Teilen des afghanischen Volkes soziale Verbesserung, demokratische

Einflussnahme auf ihr Leben und soziale Gerechtigkeit bringen sollte. Das westliche «Zivilisieren», sowieso nur Alibi für die militärische Besetzung des Landes und den Kampf gegen den Terrorismus, hatte wenig mit den Ideen einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft zu tun. Sicher, auch der Kapitalismus braucht zumeist ein demokratisches Mäntelchen, doch Demokratie ohne dauerhafte und breite Verbesserung der sozialen Lage der Menschen, ohne solidarische Strukturen, ohne soziale Gerechtigkeit ist stets fragwürdig und fragil.

Stefan Bollinger ist ein ostdeutscher Politikwissenschaftler und Historiker und Mitglied der Historischen Kommission der Partei Die Linke.

Quelle: junge Welt, Kürzung: UW.

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
29. Oktober 2021

Meinung

Wir und die Medien

Von Antoinette Mächtlinger

Afghanistan

Da waren sie wieder, zu Dutzenden, die Bilder von den wilden Gesellen. Im August diesen Jahres, ein Déjà-vu. Genau diese Bilder – aber wirklich genau dieselben – haben wir zwischen 1979 und 1989 gesehen, in allen unsern Medien. Damals nannte man die wilden Kämpfer Mujaheddin, sie waren Helden, sie wollten ihr Vaterland Afghanistan von der sowjetischen Besatzung befreien. Dass sie jedoch systematisch durch die USA aufgebaut worden waren, und das schon 5 Monate vor dem sowjetischen Einmarsch, das erfahren wir heute.

Übrigens: Wenn wir heute nachschauen, was für einen Staat diese Rebellen damals mit Hilfe der USA bekämpften, dann wird es völlig absurd: Es war ein – allerdings durch sowjetische Truppen installierter, labiler – aber es war ein säkularer Staat mit allgemeiner Schulpflicht und ohne Burka.

Kosovo

Die Bilder erinnern auch an die Kämpfe um die Befreiung Kosovos von der serbischen Vorherrschaft. Die Befreiungsarmee hiess UCK. Wiederrum traten in unseren Medien ständig diese wilden, edlen Helden auf. Die Organisatoren waren sogenannte Studenten, die in der Schweiz lebten. Unser Land spielte eine zentrale Rolle: Heute wissen wir, dass die UCK-Kämpfer schon ab 1995 – von Zollikerberg aus – in aller Ruhe ihr Hetzblatt *Bota Sot* drucken und ihre Finanztransfers und ihren Waffenhandel organisieren konnten.

2009 gestand Carla del Ponte in ihrem Buch «Im Namen der Anklage», dass sie schwerwiegende Verdachtsmomente gegen die UCK gehabt habe, aber an den Ermittlungen behindert worden sei. Und 2010 erhob der ehemalige Schweizer Europarats-Abgeordnete Dick Marti Anklage. Er war auf grausame Verbrechen wie Organhandel, Folter und Mord gestossen. Und diese Männer prägten – immer von der Schweiz aus unterstützt – den neuen Staat.

Afghanistan, Russland und China

Heute erfahren wir, dass China und Russland sich fürchten vor der Machtübernahme der Taliban im Nachbarland Afghanistan. Wie denn? Von terroristischen Anschlägen in Russland war doch nicht die Rede? Tschetschenien? Wir erinnern uns an die Reportagen der Starjournalistin Anna Politkovskaja über den zweiten Tschetschenienkrieg (1999-2009). Bei der Lektüre haben wir uns empört über die Verbrechen der russischen Truppen. Unsere Medien berichteten mit Sympathie vom Befreiungskrieg der Tschetschenen, die ihr Land von Russland loslösen wollten.

Darüber gingen die schlimmsten Terroranschläge langsam vergessen: Oktober 2002: Islamistische Tschetschenen überfallen ein Mos-

kauer Theater und nehmen etwa 800 Geiseln. Die Polizei stürmt das Gebäude. 129 Geiseln und alle 41 Terroristen sterben.

September 2004: Nordkaukasische islamistische Terroristen überfallen in Beslan eine Schule und nehmen 1 100 Kinder, Eltern und Lehrer als Geiseln. Das Terror-Drama endet mit 360 Toten. Anna Politkovskaja und unsere Medien berichteten viel über den verfehlten Einsatz der russischen Polizeikräfte, aber wenig über die Attentate selbst.

Heute noch sind die Terroristen da. heute finden sich in allen Konfliktgebieten, zum Beispiel in Libyen und Syrien, Tausende tschetschenischer Söldner. Was geschieht, wenn sie zurückkehren?

Und China?

Lange haben wir Tibet-Fähnchen auf unsere Balkone gehängt. Plötzlich waren sie weg. Verschwunden, es ist uns gar nicht aufgefallen. Tibet war nicht mehr angesagt. Aus dem Nichts aufgetaucht sind die Uiguren. Auch sie wollen sich vom «chinesischen Joch» befreien. Die westlichen Politiker – und mit ihnen unsere Medien – werden nicht müde, von China Menschenrechte für die Uiguren einzufordern.

Heute ist US-Präsident Biden längst einen Schritt weiter. Er braucht keine Menschenrechte mehr, um China zu drohen, er hat am gefährlichsten Punkt angesetzt und Taiwan offen militärische Unterstützung angeboten.

Fazit: Da müssen wir schon – frei nach Kant – den eigenen Verstand bemühen.

Antoinette Mächtlinger war viele Jahre im Vorstand der SFB und der UW-Redaktion.

Zeitzeugen gesucht



Von 1953 bis 1960 existierte in der kleinen uckermärkischen Gemeinde Götschendorf die «Zentralschule des Deutschen Friedensrates», genannt die «Friedensschule» unter Leitung von Fritz Rathig. Für zahlreiche Friedensfreunde aus Ost und West war sie ein Ort der Begegnung und des Lernens.

Für eine Dokumentation über die Schule suchen unsere Friedensfreunde aus Deutschland mögliche Zeitzeugen, bzw. Menschen die eventuell Materialien über die Schule noch besitzen. Bekannt ist, dass es Teilnehmer aus der Schweiz gab.

Infos an:
mail@friedensbewegung.ch

XXVII. INTERNATIONALE
ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ
SONNABEND
8.1.2022
10:30 BIS 20:00
MAX-SCHMELING-HALLE
FALKPLATZ 1, 10437 BERLIN

**KRIEG UND LEICHEN –
DIE LETZTE HOFFNUNG
DER REICHEN**

**HÄNDE
WEG VON
RUSSLAND
UND CHINA!**